

Die Lausitz und die Braunkohle: Das Ringen um Klimaschutz und Arbeitsplätze

Pfingsten 2016 demonstrierten im kleinen Ort Welzow in der Lausitz mehrere hundert Menschen gegen den weiteren Abbau der Braunkohle in der Region. Die protestierenden Einheimischen sorgen sich, dass ihre Dörfer und ihr Lebensumfeld in naher Zukunft den gefräßigen Braunkohlebaggern zum Opfer fallen.

Doch die Lausitz ist über den Kohleabbau tief gespalten. Das zeigte sich daran, dass die Demonstranten vom Straßenrand aus von finster dreinblickenden Bewohnern Welzows beobachtet wurden, denn im Ort leben sehr viele Beschäftigte des Braunkohletagebaus. Auf die Frage von Reportern des rbb-Regionalfernsehens, was sie von der Demonstration halten, sagt ein Mann mit rauher Stimme: "Kohle ist für uns unsere Basis. Sonst kann man die Lausitz zumachen." Eine ältere Frau setzt in aggressivem Tonfall hinzu: "Dann geht das Licht aus. Und was dann?" Der Verein „Pro Lausitzer Braunkohle“ hatte diese Stimmung vor den Pfingstprotesten weiter aufgeheizt, indem er überall Plakate mit der hetzerischen Überschrift „Gewalt stoppen“ aufgehängt hatte.

Der große Crash nach dem Ende der DDR

Um die Lage in der Lausitz zu verstehen, muss man einen Blick auf die jüngere Geschichte werfen. Zu DDR-Zeiten wurde die Braunkohle zum wichtigsten Energieträger des rohstoffarmen Landes. 1988 wurden 310 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert. Damit wurden 70 % der Primärenergie und sogar 83 % des Stroms erzeugt. In der Lausitz waren 1988 fast 100.000 Menschen in den Braunkohletagebauen und der Energiegewinnung tätig. Alles änderte sich nach der Übernahme der DDR durch die kapitalistische BRD. Allein zwischen 1989 bis 1994 wurde die Braunkohleförderung im Lausitzer Revier drastisch auf 41 % der Menge von 1989 heruntergefahren. Im gleichen Zeitraum fiel die Zahl der Erwerbstätigen bei der neu gebildeten Lausitzer Braunkohle AG: Von 79.000 auf nur noch 20.300. Auch danach wurden die Arbeitsplätze abgebaut und liegen heute nur noch bei rund 8000. Die Folgen für die Menschen waren katastrophal. So sank die Einwohnerzahl von Hoyerswerda von einstmalig 75.000 auf heute nur noch 33.000. Obwohl die Umstrukturierung mit einer enormen Wucht durchgeführt wurde, gab es nur wenig Widerstand. Dies nicht zuletzt weil viele ehemals im Braunkohlenbergbau Beschäftigte

in den "Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung" (ABS) aufgefangen wurden. Von ihnen wurden Betriebsgelände hergerichtet, Müllkippen entsorgt oder auch die städtische Infrastruktur saniert.

Die Braunkohletagebaue und die laufenden Kraftwerke in der Lausitz wurden in der Folge privatisiert und an den Vattenfall-Konzern übergeben. Doch angesichts sinkender Strompreis und des schlechten Images der Braunkohle rechnete sich das Lausitzer Engagement des schwedischen Staatskonzerns immer weniger.

EPH: Briefkastenfirma mit Braunkohle

Seit einigen Monaten hat nun der private tschechische Konzern EPH die Anlagen und Tagebaue in der Lausitz übernommen. Dies mit Zustimmung der rot-roten Brandenburger Landesregierung, die glaubt so Arbeitsplätze sichern zu können. Damit hat sie die Braunkohle an eine dubiose Krake übertragen und das nächste Desaster in der Lausitz ist vorprogrammiert. Hinter EPH stehen nach Recherchen von Greenpeace drei Briefkastenfirmen, die auf Zypern registriert sind. Im Vordergrund von EPH steht der tschechische Geschäftsmann Daniel Kretinsky. Die Fäden im Hintergrund zieht Petr Kellner, ein Oligarch, der sich in den Wirren nach dem Ende der Planwirtschaft zahlreiche tschechische Unternehmen aneignen konnte und so zum Multimilliardär geworden ist. Was will so einer mit der Braunkohle in der Lausitz? Zunächst muss man wissen, dass EPH die Anlagen und Tagebaue de facto von Vattenfall geschenkt bekommen hat. Obendrauf gab es noch Rückstellungen von 1,7 Milliarden Euro, die eigentlich für die Renaturierung der von der Braunkohle verwüsteten Landschaften einzusetzen sind. Ob dies wirklich passiert ist angesichts des Appetits von EPH und seiner Hintermänner zu bezweifeln.

Rückstellungen veruntreut?

Das Kalkül von EPH ist auf jeden Fall klar. Sie setzen darauf, dass es nach der Abschaltung des letzten AKW in 2022 bei steigenden Strompreisen noch einmal eine Renaissance für die Braunkohle geben wird. Sollte das nicht so eintreten, hätte EPH trotzdem seinen Schnitt gemacht. Und dafür hat vor allem die brandenburgische Landesregierung gesorgt. Sie hätte bei der Übernahme der Braunkohletagebaue und der Kraftwerke von Vattenfall an EPH die Option gehabt, nach Paragraph 56 des Bundesbergbaugesetzes Sicherheitsleistungen zu definieren. Das hätte den EPH-Konzern dazu verpflichtet, im Falle einer Insolvenz die von Vattenfall beiseite gelegten Rückstellungen ausschließlich zur Beseitigung von Bergbauschäden einzusetzen. Die Landesregierung hat aber keine Sicherheitsleistungen sondern nur bilanzielle Rückstellungen verlangt. Bilanzielle Rückstellungen sind aber unternehmenseigene Werte, die im Insolvenzfall nicht erhalten bleiben. Sicherheitsleistungen sind dagegen eingefrorene Barmittel und Bürgschaften, die bei einer Insolvenz erhalten bleiben.

Bereits jetzt werden die notwendigen Renaturierungsmaßnahmen nach dem Ende des Braunkohleabbaus auf mehrere Milliarden Euro geschätzt. Das wackelige Konstrukt, das die brandenburgische Landesregierung mit EPH abgeschlossen hat, wird dazu führen, dass die Allgemeinheit am Ende auf den Kosten sitzen bleibt. Das Fernsehmagazin Frontal 21 fragte dazu den brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD), warum die Landesregierung von EPH keine Sicherheitsleistungen verlange. Die lapidare Antwort: „EPH erfüllt alle gesetzlichen Anforderungen. Mehr ist dazu nicht zu sagen.“ So redet einer, der bereits weiß, dass er vermutlich an der Veruntreuung von Milliarden Euro mitgewirkt hat.

Klimaschutz und gleichzeitig Arbeitsplätze sichern – geht das?

Die brandenburgische Landesregierung verzichtet in bornierter Weise auf jeden Plan B für eine Lausitz ohne Braunkohle. Der Klimawandel wird von diesen Provinzpolitikern als Nebensache betrachtet. In dieser Situation ahnen viele Beschäftigte der Lausitzer Tagebaue und Kraftwerke, dass sie am Ende auf der Strecke bleiben werden. Gegenüber dem Landesrundfunk rbb äußerte sich ein junger EPH-Beschäftigter in aufschlußreicher Weise: " Eine konkrete Idee, was passieren soll fällt mir auch nicht ein. Man bräuchte Industriearbeitsplätze, die auch gut bezahlt sind. Aber wo die herkommen sollen, weiß ich auch nicht. Dummerweise aber die Politiker, die sich damit befassen, auch nicht. Es wird immer nur gesagt: Strukturwandel jetzt und sofort. Aber eine Idee ist halt nicht da."

Fest steht: Die 8000 Lohnabhängigen, die heute im Braunkohleabbau und in den Kraftwerken der Lausitz arbeiten, sind nicht die wirklichen Gegner der Klimabewegung. Tatsächlich werden sie von der Landesregierung und EPH betrogen. Wenn der Braunkohletagebau in naher Zukunft eingestellt wird - und das ist angesichts der schrecklichen Bedrohungen des Klimawandels unvermeidbar - drohen sie die Leidtragenden zu sein. Die linken Kräfte in der Klimabewegung sollten daher offensiv dafür eintreten, dass die Lohnabhängigen nach dem Ende der Braunkohle abgesichert und weiterbeschäftigt werden. Es ist ein großer strategischer Fehler, wenn das ignoriert wird.

Es gibt auf jeden Fall genug Arbeit. So müssen die mehrere 10.000 Hektar großen Tagebaue, die heute einer Mondlandschaft gleichen, saniert werden. Geschieht das nicht, droht Gefahr. Das wieder aufsteigende Grundwasser nach dem Ende der Tagebaue trägt Schwefelsäure und lösliche Eisenverbindungen an die Oberfläche, was zu versauerten, biologisch toten Gewässern führen würde. Dies kann nur durch die aufwendige Zufuhr von Fließgewässern, die in die Tagebaue umzuleiten sind, verhindert werden. Weiterhin müssen die Steilwandungen der Tagebaue abgeflacht und gesichert werden. Sonst würde das aufsteigende Grundwasser gefährliche Fließrutschungen auslösen. Hier ist für die nächsten Jahre reichlich Arbeit.

Weiterhin könnte in der von der Braunkohle gebeutelten strukturschwachen Lausitz die Grundlage für einen sanften Tourismus gelegt werden. Dafür könnte beispielsweise in der Lausitz und in Cottbus ein durchgängiges Radwegenetz aufgebaut werden. Es gibt zahlreiche weitere Arbeiten, die von den KollegInnen, die heute noch im Braunkohlebereich tätig sind, in Zukunft bei der vollen Sicherung ihrer Bezüge geleistet werden könnten. Man muss es nur wollen.

Aber sollte der Staat direkt Arbeitsplätze schaffen? Die Antwort ist ein klares Ja. In einer Zeit des strukturellen Umbruchs am Ende der DDR war dies auch möglich. So waren 1994 rund 2 Millionen Menschen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beschäftigt. Mit dem Umbau hin zu einer nichtfossilen Gesellschaft werden wir erneut große Strukturveränderungen erleben. Und es ist daher wichtig, die Lohnabhängigen nicht im Regen stehen zu lassen, sondern sie auf dem Weg mitzunehmen. Das bedeutet eine Weiterbeschäftigung. Die wenigen Lohnabhängigen in der Lausitz, die nach dem Ende der Braunkohle abgesichert werden müssen, sind im Vergleich zu den Millionen zu Beginn der 90-er Jahre ein Klacks. Und Geld für eine Weiterbeschäftigung ist genug da. So gab es allein im ersten Halbjahr 2016 laut Statistischem Bundesamt einen Haushaltsüberschuss in Höhe von 18,5 Milliarden DM. Der deutsche Staat hat damit im dritten Jahr in Folge mehr eingenommen als ausgegeben. Und allein durch eine Erbschaftssteuer, die nicht die Reichen im Lande bevorzugt, könnten weitere Milliarden eingenommen werden. Es ist also genug Geld da, um den Klimaschutz durchzusetzen bei gleichzeitiger Absicherung der Lohnabhängigen, die heute noch im Kohleabbau arbeiten.

Die Schriftenreihe „Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven“ (ehemals Ökosozialistische Flugschriften) erscheint in loser Folge. Sie versteht sich als Diskussionsbeitrag in der breiten Linken zu ökologischen Fragen und zur Entwicklung ökosozialistischer Positionen. Einzelne Beiträge stehen nicht notwendigerweise für die Gesamtheit der Unterstützer. Die Schriften sind im Netz zu finden unter **www.sozonline.de** und auf den Seiten des Ökosozialistischen Netzwerks.

Kontakt, Bestellung, Mitarbeit, Anforderung von Referenten :

Klaus Meier, Linkes Forum Frankfurt, MeierKlaus13@yahoo.de